

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Wk

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz Brandenburg...

Fluss: Moritzsch, Köpenicker Str. 47-49, Wilmersd. Str. 1-4, Prenzlauer Berg 100, Frankf.
Str. 100, etc.

Die Auslieferung der Gefangenen.

Eine Note des Obersten Rates der Alliierten. — Der erste Schritt zur Freilassung.

Berlin, 29. August.

Der Oberste Rat der Alliierten veröffentlicht
folgende Note:

„Um so sehr wie möglich die durch den Krieg verursachten
Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten
Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des
Friedenvertrages mit Teutland, soweit er den Rück-
transport der deutschen Kriegsgefangenen
betrifft, vorzubereiten. Die Vorbereitungen
zum Rücktransport werden sofort beginnen,
und zwar durch eine internationalisierte Kommission,
der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll,
sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die alliierten
und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin,
dass diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten
so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird,
wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle
ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Von zu nächster Stelle wird zu dem Beschluss des Obersten
Rates betreffend die Kriegsgefangenen erklärt:
Die Nachricht, dass jetzt endlich der von uns allen so sehr
ersehnte erste Schritt zur Freilassung unserer Gefangenen

getan werden soll, wird in ganz Deutschland freudig begrüßt
werden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegs-
gefangenen werden nicht, wie man aus der in einem Berliner Blatt
erschienenen Meldung vielleicht entnehmen könnte, sofort
entlassen werden. Das geht schon aus der — weniger erfreu-
lichen — Bestimmung des Obersten Rates hervor, dass der deutsche
Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungs-
kommission erst teilnehmen soll, wenn der Friedensvertrag
in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, dass diese inter-
nationalisierte Kommission, deren Einsetzung von der deutschen Delegation
immer wieder auf das dringlichste gefordert wurde, jetzt endlich
zusammentritt und sofort mit den Vorbereitungen
des Rücktransportes beginnt, gibt uns die Hoffnung, dass die
Vorbereitungen so schnell gefördert werden, dass die Entlassungen
unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensver-
trages beginnen können. Unsere Delegation in Versailles wird
auch weiter nach Kräften bemüht sein, die Freilassung noch mehr
zu beschleunigen. Das deutsche Volk kann diese Bemühungen
um die baldige Erlösung seiner Brüder an besten dadurch unter-
stützen, dass es in wahrer Erkenntnis seiner ureigenen Interessen
an dem baldigen Wiederaufbau der deutschen Pro-
duktionsfähigkeit mitarbeitet und dadurch dem deutschen
Reich die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Ver-
pflichtungen gibt.

Friede im Gewerkschaftsstreit.

Die Gleichberechtigung der politischen Richtungen.

Die freien Gewerkschaften haben nach monatelangen
inneren Kämpfen eine Krise überwunden, die ihren Bestand
ernsthaft zu gefährden drohte. In den ersten Wochen und
Monaten nach der Revolution sah es oft genug so aus, als
ob die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die in ihrer Größe
und Geschlossenheit der Arbeiterwelt der ganzen Welt ein
Vorbild war, die Stürme der politischen Umwälzung nicht
überleben würde. Der gewaltige Mitgliederzuwachs bis auf
fünf Millionen konnte über diese Gefahr nicht hinwegtäuschen;
denn im gleichen Verhältnis wie die Mitgliederzahl wuchs die
innere Zersetzung der Organisationen. Nachdem sich
die mächtige sozialdemokratische Partei Deutschlands durch die
Führertätigkeit der Innabgehenden und der Kommunisten in drei
Richtungen geteilt hatte, lag die Vermutung sehr nahe,
dass dieselbe Spaltung auch in den Gewerkschaften eintreten
würde; es geschah dies aber nur in einigen Verbänden der
Radikalen. Langjährige Gewerkschaftsführer wurden in den
Ortsgruppen der Verbände durch die von Innabgehenden und
Kommunisten beherrschten örtlichen Generalversammlungen
abgelehnt, und die Opposition ließ keinen Zweifel darüber,
dass sie auf den Verbänden in derselben Weise auch mit dem
deutschen Gewerkschaftsmitgliedern verfahren wolle, die
als Mehrheitssozialisten „kompromittiert“ waren.
Die Vertreter der alten Richtung bezeichneten die Ent-
lassungen der mehrheitssozialistischen Organisationsleiter als
politische Maßregelungen, aber dadurch wurde die
Gefahr der Spaltung noch vergrößert. Die Opposition machte
sich nämlich nun ein eigenes gewerkschaftliches Programm
zuecht, das für die Regierungsozialdemokraten unannehmbar
sein musste. Dieses Programm betraufte hauptsächlich die
Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden,
teilweise — es war durchaus nicht einheitlich — auch den
Abchluss von Tarifverträgen; es verlangte dafür strenge
Sozialisierung und Durchsicherung des „absoluten“ oder
„reinen“ Rätebrotens. Ganz klar war dieses Programm nicht
durchgedacht. Die Kommunisten hielten sich darüber etwas
ganz anderes vor als die Innabgehenden, und auch
innerhalb dieser Parteien waren die Meinungen sehr zersplit-
tert. Das ganze Programm hatte eigentlich auch nur den Zweck,
die Opposition von dem Vorwurf zu entlasten, dass sie
Gewerkschaftsangelegenheiten wegen ihrer Zugehörigkeit zum
alten sozialdemokratischen Parteimilieu nach dem Messer rufen-
dämbiger Unternehmern. Jetzt konnte man die Entlassung da-
mit begründen, dass der Gewerkschaftsangelegte sich weinert,
den gewerkschaftlichen Forderungen der Mitglieder zu ent-
sprechen.

Die neue Taktik der Opposition in dem an sich rein politi-
schen Kampf innerhalb der Gewerkschaften erhöhte aber die
Gefahr, dass nun tatsächlich auch die freien Gewerkschaften in
mehrere Richtungen zerfallen würden. Einige beson-
ders radikale Kommunistenführer haben schon im Rheinland
solche Sonderorganisationen gegründet, aber die Masse der
Gewerkschaftsmitglieder — auch der politisch in der R.A.D.
organisierten — ist ihnen nicht gefolgt.

Die freien Gewerkschaften haben die schwerere
Verde auf den Beschäftigten der Gewerkschaften besser
überstanden, als in der ersten Zeit nach der
Revolution anzunehmen war. Um diese Eingetrag-
ten zu sichern, sind von beiden Seiten Konzeptionen gemacht
worden. Vor allem ist endlich an der heiss umkämpften Frage
des Rätebrotens eine Lösung gefunden worden, die beiden
Parteien ein Zusammenarbeiten ermöglicht. Das war nur
dadurch möglich, dass man den Streit um die politischen
Ausgangspunkte der Räte ganz aus den Gewerkschaften ausge-
schaltet hat. Die Betriebsräte erkennen jetzt auch die Arbeit-
schaft als notwendig an, wenn auch über ihre Machtbefug-
nisse noch einige Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die
Radikalen haben sich andererseits dem Standpunkte der
Opposition insofern genähert, als auch sie die Ver-
triebsräte als Organe der Gewerkschaften betrachten. Die Idee,
dass die Räteorganisation die Arbeiterbewegung abgeben
würde, ist also aufgegeben worden.
Aber die Notwendigkeit der Sozialisierung sind sich
beide Richtungen einig, aber das Tempo gehen die Mei-
nungen auseinander; aber das ist ja auch innerhalb der
Opposition der Fall. Mit der Arbeitsgemeinschaft haben
sich die Radikalen an sich abgefunden. Sie wollen nur
den Aufgabebereich dieser Arbeitsgemeinschaften weitestlich
enger fassen als die alte Richtung, die sich beschränken auf die
Überwachung und Sicherung der Tarifverträge. Tarif-
verträge halten auch die Oppositionellen für notwendig
für die Überbrückung bis zur Durchsicherung der Soziali-
sierung und Ausschaltung des privatkapitalistischen Unter-
nehmerums. Die Meinungsverschiedenheiten über die Dauer

Neuer deutsch-italienischer Handelsverkehr.

Beginn der Vorbereitungen.

Berlin, 29. August. (W. Z. B.)

Entgegen einer vielfach verbreiteten Ansicht ist es nicht mög-
lich, vor der Aufzeichnung des Friedensvertrages eine eigene
amtliche Vertretung der deutschen Regierung bei der
italienischen Regierung einzurichten. Abseits ist der
Generalkonsul in Venedig, der lange Jahre in Italien die-
selbst tätig gewesen ist, beauftragt worden, die Wiederaufnahme
der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und
Italien vorzubereiten. Sobald die Möglichkeit des Herrn v. Herrf
soweit gegeben sein wird, dass die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen
Beziehungen sowohl im Austausch der Güter, als auch im
gegenseitigen Reiseverkehr möglich sein wird, werden die deutschen
Interessen in Venedig in geeigneter Weise ver-
tändigt werden.

Der Friedensvertragsentwurf
für Oesterreich.

Berlin, 29. August.

Nach „Komme Libre“ wird der österreichischen Dele-
gation der endgültige Friedensvertragsentwurf in
dieser Woche nicht mehr zugeföhrt werden. Gest in
dieser Woche könnte alle noch fehlenden Artikel geföhrt
sein. Die Grundzüge, auf denen der Friedensvertrag aufgebaut
sein soll, werden nicht geändert werden. Deutschösterreich als Erbe
der kaiserlichen Monarchie bleibt für den Krieg verantwortlich, müsse
also auch alle Verantwortlichkeiten tragen. In bezug auf die Vor-
kriegsschuld würden allerdings wichtige Konzeptionen gemacht
werden. Man habe nach dieser Richtung in gewisser Beziehung den
Reklamationen des Staatsanwalters Wiener Folge gegeben. Auch soll
der Wiedergutmachungskommision größere Spielraum gelassen
werden, als ursprünglich vorgesehen war. Auch „Echo de Paris“
wird der Vertrag keinen Passus enthalten, der die Vereini-
gung Deutschösterreichs mit Deutschland verbietet, jedoch be-
stehe die Pflicht, im Begleit Schreiben des Friedensvertrages die
Grundzüge der österreichischen Politik, wie sie die Alliierten aufgestellt
wissen wollen, festzulegen.

Jansbrunn, 29. August.

In der gestrigen Sitzung des Zirkler Landtages über-
nahmen die Abgeordneten Dr. Reut, Ritzluffi und Ge-
weilner folgenden Antrag: „Es wird die Abfertigung folgender
Rohdenbesche an Senator Lodge, den Vorständen des Ausschusses,
beantwortet; Der deutschösterreichische Friedensvertrag liefert Deutsch-
österreich entgegen dem freiwillig verkündeten Volks-
willen an Italien aus. Der Zirkler Landtag bittet den Senats-
ausschuss, die Beschlüsse anzuordnen und ihr Selbstbestim-
mungsbrecht zu schützen.“

Die Revolution schreitet fort. Die „Vol. An.“ schreiben:
Mit dem Abzug der Kriegsgewaltigen wird, wie man uns mitteilt,
weiter fortgeschritten. Bereits aufgelöst oder in Liquidation befindlich
sind zur Zeit die landwirtschaftliche Betriebsstelle für
Kriegswirtschaft, die Kriegsnähermittelgeföhrt,
die Kriegsaufschub für Räte, etc. und deren Geföhrtmittel-
geföhrt, die Reichsbahnverkehrsstelle, die Wasser-
einkaufsgesellschaft, die Kriegsgewaltigen für Wein-
einkauf und Verteilung sowie für Sauertraut, die

Zentraleinkaufsgesellschaft, die nicht mehr einkauft,
besteht nur als Verwaltungsabteilung und hat mit Waren-
geschäften nichts mehr zu tun. Auch die Kriegsgewaltigen für Dör-
gemeine stellt nicht mehr Gewinne her, sondern besteht nur noch
länger. Sobald irgend anginge, wird mit der weiteren Liquidierung
von Gesellschaften fortgeschritten werden.

Rücktritt des amerikanischen Gesandten
in Peking.

Amerikas Vorgesproden an China.

Amsterdam, 29. August.

Das Pressebüro Radio ist der amerikanischen Gesandte in China,
Dr. Reisch, von seinem Posten zurückgetreten, wie verlautet,
wegen der Haltung des Präsidenten Wilson in der Schan-
kungfrage. Reisch hatte China die Unterstützung der Ver-
einigten Staaten als Gegenleistung für die chinesische
Kriegserklärung zugesagt.

Amsterdam, 29. August.

Das Pressebüro Radio meldet aus Washington, dass der
Kabinettsrat Radio meldet, dass der Vertrag für die
Mehrheit des Senats unannehmbar ist, und dass der Antrag
im Senat abgelehnt werden würde, wenn der Senat Gelegen-
heit hätte, sofort darüber abzustimmen.

Kollischak abgefehn?

Amsterdam, 29. August.

Die englischen Blätter vom 27. bringen eine Direktele Brief-
meldung, wonach die russische Regierung die Briefe
über den Zensurverbot haben und damit den Zensur-
verbot in der Gegend von Jarkut lösen abgefehn
haben. — Pressebüro Radio meldet, dass der amerikanische Bot-
schafter in Japan Morris in seinem letzten Bericht sich sehr für
die Anerkennung der Regierung Kollischaks eingelassen
hat und Kollischaks Misserfolge der Nichtanerkennung seiner
Regierung durch die alliierten und assoziierten Mächte zuschreibt.

Lebensmittelunruhen in Oppeln.

Schwere Ausschreitungen und Plünderungen.

Oppeln, 29. August.

Hier kam es gestern und heute zu großen Zusammenrot-
tungen der Bevölkerung, die eine Verabreichung der
Lebensmittelpreise und der Preise für Wirtschaftsgüter
forderte. Bereits Donnerstag fühlte die Menge die
Stände der Obst- und Gemüsehändler, besonders der Obst-
händler. Heute trübten sich die Zusammenrottungen in
Kriegsgeschäften. Die Menge trat in eine größere
großen Masse in die Kriegsgeschäfte, Lebensmittel, Bekleidungs-
gegenstände und Zigarettenverpackungen. Die Waren wurden weit unter
den Preisverkauft, und ein Teil der Geschäfte wurde ge-
plündert. Die meisten Geschäfte sind heute geschlossen. Die
Ausschreitungen nehmen ihren Fortgang.

Die Zusammenrottungen führten zu einem Einstürzen des
Marktes, das Ruhe und Ordnung wiederherstellen. In größeren
Zusammenrottungen zwischen Militär und Bevölkerung kam es nicht.
Das Militär besetzte die Hauptstraßen der Stadt und
einige öffentliche Gebäude.





